

Brenke, Karl; Neubecker, Nina

## Article

# Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich

DIW Wochenbericht

### Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Brenke, Karl; Neubecker, Nina (2013) : Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 49, pp. 3-21

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/88615>

#### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

#### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich

Von Karl Brenke und Nina Neubecker

Die Zahl der Zuwanderer nach Deutschland ist in jüngster Zeit stark gestiegen. Zu vermehrten Zuzügen kam es vor allem aus den 2004 und 2007 der EU beigetretenen ost- und südosteuropäischen Staaten. Zudem hat die Migration aus Südeuropa wieder an Bedeutung gewonnen. Ein erheblicher Teil der Zugezogenen ist wegen einer Ausbildung gekommen, die allermeisten indes wegen einer Beschäftigung. Die Zuwanderungen wirken sich erheblich auf die neuere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aus. So wird der Beschäftigungsaufbau in Deutschland in wachsendem Maß von ausländischen Arbeitskräften getragen, allerdings auch die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote der Zuwanderer ist etwa doppelt so hoch wie die der Deutschen. Zwar hat sich die Qualifikationsstruktur der in der Bundesrepublik lebenden Migranten durch die Zuzüge der letzten Jahre deutlich verbessert, doch hat auch von den erst in jüngster Zeit zugewanderten Erwerbspersonen noch ein erheblicher Teil – ein Drittel – keinen berufsqualifizierenden Abschluss. Aber auch im Fall eines Berufsabschlusses ist die Integration in den Arbeitsmarkt oft nicht einfach, denn Migranten – auch die in den letzten Jahren zugezogenen – üben vergleichsweise häufig nur einfache Jobs aus, obwohl sie für anspruchsvolle Tätigkeiten qualifiziert sind. Es bleibt abzuwarten, ob die jüngsten Verfahrensänderungen bei der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse hier für Abhilfe sorgen.

Schwer einzuschätzen ist, wie sich die Zuwanderungen in den kommenden Jahren entwickeln werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden sich die Zuzüge von Rumänen und Bulgaren verstärken, wenn Anfang 2014 diesen Staatsangehörigen die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt wird. Nach dem EU-Beitritt ihrer Staaten haben viele die für sie offenen Arbeitsmärkte in Südeuropa genutzt und sind nun mit der Beschäftigungsmisere dort konfrontiert. Es könnte daher zu einer Umlenkung der Wanderungsströme kommen.

Im Folgenden werden die Wanderungen von Ausländern nach Deutschland in den letzten Jahren analysiert. Aus den verfügbaren Quellen lässt sich zwar eine Vielzahl an Daten schöpfen, dennoch gibt es Informationslücken und Unsicherheiten über die Zuverlässigkeit mancher Angaben. Überdies stimmen mitunter die Statistiken bei ähnlichen Sachverhalten nicht überein (Kasten 1). Gleichwohl wurde versucht, ein Bild über das Ausmaß der Außenwanderungen und die Struktur der Immigranten zu zeichnen. Wegen der Schwierigkeiten bei den Daten kann es sich jedoch nur um eine grobe Umriss-skizze handeln.

Um das Ausmaß und einige Besonderheiten der Wanderungen zu bestimmen, wurden die Zahlenangaben der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters verwendet. Informationen über die Erwerbsbeteiligung sowie über die Art der ausgeübten Tätigkeiten sind durch Auswertungen der Individualdaten des Mikrozensus<sup>1</sup>, einer regelmäßigen amtlichen Bevölkerungsumfrage mit einer sehr großen Stichprobe, gewonnen worden.<sup>2</sup> Genutzt wurden die Erhebungsergebnisse des Jahres 2011; zeitnähere Daten stehen der Wissenschaft derzeit nicht für Analysen zur Verfügung.<sup>3</sup> Zudem fließen Angaben der Bundesagentur für Arbeit über Beschäftigte und Arbeitslose in die Untersuchung ein. Ein besonderes Augenmerk wurde – anhand der Mikrozensus-Daten – auf die berufliche Qualifikation der Zuwanderer gelegt und dabei insbesondere auf die Frage, ob ihre ausgeübte Tätigkeit auch ihrer Ausbildung entspricht und in welchem Maße sie nur einer einfachen Arbeit nachgehen, obwohl sie für qualifizierte Jobs ausgebildet sind.

<sup>1</sup> Beim Mikrozensus handelt es sich um eine regelmäßige, amtliche Bevölkerungsumfrage, bei der ein Prozent der Bevölkerung erfasst werden soll. Verwendet wurde ein Datensatz mit knapp 700 000 Fällen. Bei allen Rechnungen auf der Basis des Mikrozensus wurden die im Datensatz enthaltenen Standardhochrechnungsfaktoren angewendet.

<sup>2</sup> Die Autoren danken Anja Hlawatsch, Julia Höninger, Matthias Klumpe und ihren Kollegen vom Forschungsdatenzentrum des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg für ihre freundliche Unterstützung bei der Datenauswertung.

Kasten 1

**Probleme der amtlichen Bevölkerungsstatistiken**

Deutschland kommt auf eine erhebliche Zahl an Zuwanderern. Das zeigt sowohl die Statistik nach der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung als auch die des Ausländerzentralregisters. Die beiden Zahlenwerke weisen jedoch unterschiedliche Größen aus: Nach der Bevölkerungsfortschreibung wurden für das Jahr 2012 Zuwanderungen von Ausländern<sup>1</sup> in Höhe von 966 000 gezählt, nach dem Ausländerzentralregister waren es lediglich 828 000. Auch bei den Fortzügen gibt es deutlich voneinander abweichende Angaben; hier wurden 579 000 beziehungsweise

433 000 Fälle erfasst. Bei den Wanderungssalden liegen die beiden Quellen nahe beieinander – bei jeweils knapp 400 000.

Worauf die Unterschiede zurückzuführen sind, lässt sich nicht klären. Das Statistische Bundesamt nennt als einen möglichen Grund eine nicht zeitgerechte Meldung der zuständigen Behörden an das Zentralregister.<sup>2</sup> Das kann es aber nicht oder nicht allein sein, denn die Abweichungen zwischen den beiden Zahlenwerken variieren bei einzelnen Merkmalen

**1** Ausländer sind Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Personen mit einer deutschen und einer weiteren Nationalität gelten als Deutsche.

**2** Statistisches Bundesamt (2013): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2012. Fachserie 1, Reihe 2, Wiesbaden, 5.

Tabelle

**Wanderungen von Ausländern nach und aus Deutschland nach der Bevölkerungsfortschreibung und dem Ausländerzentralregister 2012**

Staatsangehörigkeit	Bevölkerungsfortschreibung			Ausländerzentralregister			
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Registerlöschungen <sup>1</sup>
<b>In 1 000 Personen</b>							
EU	638,4	362,9	275,5	490,1	242,7	247,4	21,6
Südeuropa <sup>2</sup>	118,6	49,9	68,7	84,0	35,2	48,8	7,8
2004 zur EU beigetretene osteuropäische Staaten	279,6	164,0	115,6	219,1	107,2	111,9	7,3
Bulgarien, Rumänien	174,7	103,9	70,7	142,2	69,5	72,7	4,2
Nord- und westeuropäische EU-Staaten <sup>3</sup>	65,5	45,0	20,4	44,8	30,7	14,0	2,4
Nicht zur EU gehörende europäische Staaten	127,0	95,6	31,4	123,2	74,9	48,3	51,6
Außereuropäische Staaten	200,5	120,2	80,2	214,5	115,3	99,2	41,7
<b>Insgesamt</b>	<b>965,9</b>	<b>578,8</b>	<b>387,1</b>	<b>827,8</b>	<b>432,9</b>	<b>394,9</b>	<b>114,9</b>
<b>Struktur in Prozent</b>							
EU	66,1	62,7	71,2	59,2	56,1	62,6	18,8
Südeuropa <sup>2</sup>	12,3	8,6	17,8	10,2	8,1	12,4	6,8
2004 zur EU beigetretene osteuropäische Staaten	28,9	28,3	29,8	26,5	24,8	28,3	6,3
Bulgarien, Rumänien	18,1	18,0	18,3	17,2	16,1	18,4	3,6
Nord- und westeuropäische EU-Staaten <sup>3</sup>	6,8	7,8	5,3	5,4	7,1	3,6	2,1
Nicht zur EU gehörende europäische Staaten	13,2	16,5	8,1	14,9	17,3	12,2	44,9
Außereuropäische Staaten	20,8	20,8	20,7	25,9	26,6	25,1	36,3
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1</sup> Ohne Löschungen aufgrund von Tod oder Staatsangehörigkeitswechsel.

<sup>2</sup> Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

<sup>3</sup> Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

der Wanderungen – etwa bei der Staatsangehörigkeit der zu- und fortgezogenen Personen. Vor allem fällt auf, dass die Bevölkerungsfortschreibung insbesondere bei den Wanderungen aus den EU-Staaten auf viel höhere Werte als das Ausländerzentralregister kommt. Möglicherweise sind Zuzüge von kurzer Dauer – etwa von einigen Monaten – im Ausländerzentralregister immer noch untererfasst, obwohl wegen dieses Problems im Jahr 2012 die Berechnungsverfahren geändert wurden. Vielleicht gibt es aber auch andere Gründe.

Die Güte der Bevölkerungsstatistik hängt aber nicht nur von der Kooperation der zuständigen Behörden untereinander, sondern auch vom Meldeverhalten der Bürger ab. Schwierigkeiten bereiten vor allem die Abmeldungen. Während für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder einer Ausbildung der Nachweis einer Wohnanschrift und somit eine Anmeldung bei der zuständigen Meldebehörde erforderlich ist, gibt es oft keine entsprechenden Gründe für eine Abmeldung bei einem Fortzug ins Ausland.<sup>3</sup> Daher dürften die in den einschlägigen Zahlenwerken ausgewiesenen Zahlen über die Fortzüge zu niedrig sein – und die ermittelten Wanderungsgewinne zu hoch. Vor allem deshalb sind immer wieder Datenkorrekturen nötig. So wurde im Jahr 2004 das Ausländerzentralregister einer Revision unterzogen und der Bestand um 400 000 Fälle bereinigt. Nach dem im Jahr 2011 durchgeführten Zensus ergab sich eine um nochmals 480 000 geringere Zahl an Ausländern in Deutschland als sie vom Ausländerzentralregister bisher genannt wurde.<sup>4</sup> Inzwischen werden laufend Registerbereinigungen vorgenommen; im Jahr 2012 bei 115 000 Fällen. Noch größer ist die Abweichung zwischen Zensus und Bevölkerungsfortschreibung: Der Zensus ergab eine um 1,1 Millionen geringere Zahl an in Deutschland wohnenden ausländischen Einwohnern; das ist ein Siebtel der bisher für 2011 angenommenen ausländischen Bevölkerung.<sup>5</sup> Sowohl bei den aktuell veröffentlichten Daten der Bevölkerungsfortschreibung als auch bei denen des Ausländerzentralregisters sind die Ergebnisse des Zensus noch nicht berücksichtigt.

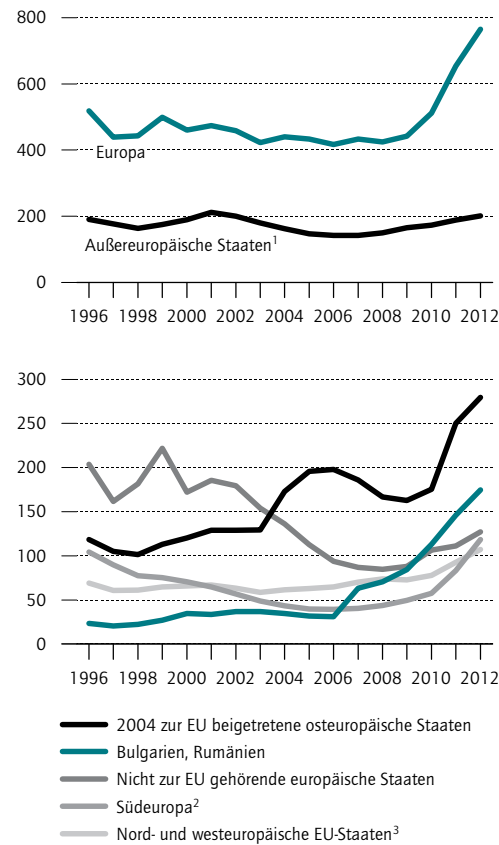
<sup>3</sup> Freilich können auch Anmeldungen unterbleiben – etwa im Falle eines illegalen Aufenthalts oder einer nicht regulären Erwerbstätigkeit.

<sup>4</sup> Ebenda, 337.

<sup>5</sup> Statistisches Bundesamt: Zensus 2011: 80,2 Millionen Einwohner lebten am 9. Mai 2011 in Deutschland. Pressemitteilung vom 31. Mai 2013.

Abbildung 1

**Zuzüge von Ausländern nach Deutschland**  
In Tausend



<sup>1</sup> Einschließlich Staatenlose, Personen mit unbekannter Staatsbürgerschaft etc.

<sup>2</sup> Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

<sup>3</sup> Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, UK, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Bevölkerungsfortschreibung); Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Zuzüge von Ausländern nach Deutschland haben in den letzten Jahren kräftig zugenommen.

**Stark gestiegene Zuwanderungen – vor allem aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten**

Nachdem sich bis Mitte der letzten Dekade die Zuwanderungen nach Deutschland mehr und mehr abschwächten, kam es laut Bevölkerungsfortschreibung seitdem zu kräftigen Zuwächsen.<sup>3</sup> Zunächst wuchsen – ab 2006 – die Zuzüge aus dem außereuropäischen Ausland (Abbildung 1). Die Zuwanderungen von dort entwickeln sich

<sup>3</sup> Die Betrachtung der Zuwanderungen im Zeitverlauf stützt sich allein auf die Daten der Bevölkerungsfortschreibung, weil nach Auskunft der amtlichen Statistik die Zahlen des Ausländerzentralregisters wegen der Datenrevisionen und wegen geänderter Berechnungsverfahren keine Vergleiche über die Zeit zulassen.

seit Mitte der 90er Jahre in einer wellenförmigen Bewegung, die dem Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik ähnelt. Geprägt wurde die Entwicklung aber durch die Zuwanderungen aus den europäischen Ländern.

Zugenommen haben vor allem die Zuwanderungen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten.<sup>4</sup> Ab 2004 kam es zu einem deutlichen Zuwachs der Zuzüge aus Osteuropa. Nach 2006 ließ der Zustrom merklich nach, um ab 2011 wieder stark zuzulegen. Darin spiegeln sich die veränderten rechtlichen Regelungen zur Arbeitsaufnahme in Deutschland wieder. Im Jahr 2004 traten – neben Malta und Zypern – acht osteuropäische Staaten<sup>5</sup> der EU bei, und es wurden die sich dadurch bietenden, allerdings noch stark eingeschränkten Möglichkeiten zur Beschäftigung in Deutschland genutzt; im Jahr 2011 wurde die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt. Ab 2007, dem Jahr, als in einer weiteren Erweiterungsrunde Bulgarien und Rumänien zur EU kamen, expandierten die Zuzüge von dort. Die Zuwanderungen aus Südeuropa<sup>6</sup>, die lange Zeit immer schwächer geworden waren, nahmen ab Mitte des letzten Jahrzehnts zu – zunächst nur leicht, nach 2010, als die Krise in manchen dieser Länder immer deutlicher zutage trat, verstärkt. Die Zuzugszahlen von dort sind aber längst nicht so hoch wie

jene aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Auch aus anderen europäischen Ländern sind die Zuwanderungen gestiegen: aus den nord- und westeuropäischen EU-Staaten<sup>7</sup> stetig und gemächlich, aus den nicht der EU angehörigen Ländern seit 2009 kräftig, nachdem sie zuvor stark gesunken waren.

Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes für das erste Halbjahr 2013 sind die Zuwanderungen von Ausländern weiter kräftig gewachsen – auf eine halbe Million; das sind zwölf Prozent oder 54 000 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.<sup>8</sup> Besonders hoch waren die Zuzüge aus Osteuropa (insbesondere aus Polen und Ungarn), Rumänien und Bulgarien sowie aus Italien und Spanien; Griechen kamen indes weniger als zuvor.

### Starke Fluktuation

Die Zuwanderungen sind oft nicht auf Dauer angelegt, sondern nur auf eine gewisse Zeitspanne ausgerichtet. Besonders groß ist das Ausmaß der temporären Migration unter den Personen aus den neuen Mitgliedsländern der EU. Das gilt vor allem für die Bulgaren und die Rumänen: Jeder dritte, der im Jahr 2012 weggezogenen Zuwanderer, wohnte vor seinem Fortzug aus Deutschland weniger als zwölf Monate in der Bundesrepublik und vier Fünftel weniger als vier Jahre. Im Laufe des vergangenen Jahres wurde – rein rechnerisch<sup>9</sup> – der Bestand an Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien zu fast 60 Prozent ausgetauscht (Tabelle 1). Wegen der anzunehmenden Untererfassung vor allem der Fortzüge in der Statistik dürfte das Ausmaß der temporären Migration noch größer gewesen sein. Die starke Fluktuation dürfte in erheblichem Maße auch darauf zurückzuführen sein, dass der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Bulgaren und Rumänen noch stark eingeschränkt und zum Teil auf befristete Beschäftigung angelegt ist.

Allerdings gab es 2012 auch unter den aus den osteuropäischen EU-Staaten stammenden Zuwanderern eine große Fluktuation – und für diese bestehen seit Mai 2011 keinerlei Barrieren mehr für eine Beschäftigungsaufnahme in Deutschland. Möglicherweise sind von ihnen nicht wenige nur zu bestimmten Jahreszeiten in der Bundesrepublik tätig und pendeln saisonal. Sehr viel geringer ist dagegen die Fluktuation unter den Zuwande-

<sup>4</sup> Nicht zu den neuen EU-Ländern wird in dieser Untersuchung Kroatien gezählt; dieses Land ist erst im Sommer dieses Jahres der EU beigetreten.

<sup>5</sup> Dies sind Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

<sup>6</sup> Die Herkunftsregion *Südeuropa* umfasst Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien und Zypern.

Tabelle 1

### Fluktuation und Verbleibdauer von Ausländern in Deutschland 2012 In Prozent

Staatsangehörigkeit	Fluktuationsrate <sup>1</sup>	Anteil an allen Fortzügen, die	
		bis zu einem Jahr	ein bis vier Jahre
		in Deutschland blieben	
Südeuropa <sup>2</sup>	10,7	14,0	25,1
2004 der EU beigetretene osteuropäische Staaten	36,8	29,0	39,6
Rumänen, Bulgaren	59,7	35,4	43,6
Nord- und westeuropäische EU-Staaten <sup>3</sup>	11,0	10,6	35,6
Nicht zur EU gehörende europäische Staaten	7,5	10,5	15,1
Außereuropäische Staaten	22,5	13,7	34,0

<sup>1</sup> Summe der Zu- und Abwanderungen dividiert durch die durch 2 geteilte Summe des Bestandes am Jahresanfang und am Jahresende.

<sup>2</sup> Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

<sup>3</sup> Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Ausländerzentralregister); Berechnungen des DIW Berlin.

<sup>7</sup> Die Herkunftsregion *nord- und westeuropäische EU-Staaten* umfasst Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden sowie Großbritannien.

<sup>8</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt: Zuwanderung nach Deutschland steigt im 1. Halbjahr 2013 um 11%. Pressemitteilung vom 21. November 2013.

<sup>9</sup> Mangels Daten wurde bei der Ermittlung der Fluktuation nicht berücksichtigt, dass Personen mehrmals innerhalb eines Jahres zu- und abwandern können.

Die Verbleibdauer der Zuwanderer variiert stark nach Nationalitäten. Oft nur kurz ist der Aufenthalt bei Osteuropäern sowie bei Rumänen und Bulgaren.

Tabelle 2

**Indikatoren der Erwerbsbeteiligung nach Staatsangehörigkeit sowie Migrationserfahrung 2011**In Prozent<sup>1</sup>

Staatsangehörigkeit	Erwerbsquote	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbstätigenquote	Erwerbstätigenquote <sup>2</sup>	Erwerbslosenquote	Personen in Ausbildung	Anteil an der Bevölkerung
Deutsche ohne Migrationshintergrund	78,0	71,2	73,9	67,5	5,3	14,3	84,4
Deutsche mit Migrationshintergrund, eingebürgert	64,1	52,9	58,5	48,1	8,8	33,6	4,9
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	76,2	53,8	59,6	48,0	10,8	37,2	1,8
Südeuropäer <sup>3</sup> , zugezogen vor 2010	77,2	74,4	70,9	68,4	8,1	5,1	1,1
Südeuropäer <sup>3</sup> , zugezogen ab 2010	67,1	58,1	59,5	51,7	11,3	31,8	0,1
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen vor 2004	75,4	70,6	67,0	62,8	11,1	7,8	0,5
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen ab 2004	76,1	70,5	70,9	65,7	6,9	13,1	0,4
Bulgaren und Rumänen, zugezogen vor 2007	77,4	68,1	70,5	61,6	9,0	15,3	0,1
Bulgaren und Rumänen, zugezogen ab 2007	70,6	63,3	62,6	56,7	11,3	17,6	0,1
Zugezogene Nord- und Westeuropäer aus der EU <sup>4</sup>	76,5	73,1	73,2	69,9	4,4	7,9	0,8
Zugezogene aus europäischen Ländern außerhalb der EU	63,5	60,1	55,0	51,9	13,4	7,3	3,7
Zugezogene aus nicht europäischen Ländern	61,6	55,8	52,2	46,8	15,4	16,8	2,0
<b>Insgesamt</b>	<b>76,2</b>	<b>69,3</b>	<b>71,7</b>	<b>65,2</b>	<b>6,0</b>	<b>15,3</b>	<b>100</b>

<sup>1</sup> Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren.<sup>2</sup> Ohne Erwerbstätige Schüler und Studenten sowie Auszubildende.<sup>3</sup> Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.<sup>4</sup> Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Mikrozensus; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Erwerbsbeteiligung der Zuwanderer ist kaum geringer als die der Deutschen. Viele Zuwanderer nehmen an einer Ausbildung teil.

ern aus den anderen EU-Staaten und aus jenen europäischen Ländern, die nicht der EU angehören (wie der Türkei). Hier fällt ins Gewicht, dass viele der Migranten aus solchen Ländern schon lange in Deutschland wohnen, da sie in der Zeit der Anwerbung von Gastarbeitern zuwanderten oder deren Kinder sind.

## Hohe Beteiligung am Erwerbsleben oder an einer Ausbildung

Weil die Zuwanderungen kräftig zugenommen haben und sie stark von spezifischen Gegebenheiten wie dem EU-Beitritt einer Reihe von Ländern sowie der Krise in großen Teilen Südeuropas beeinflusst sind, bietet es sich an, die erst in den letzten Jahren nach Deutschland zugezogenen Migranten<sup>10</sup> gesondert zu betrachten. Informationen über deren Zusammensetzung bieten die

<sup>10</sup> Als Migranten oder Zuwanderer gelten in den Auswertungen auf der Basis des Mikrozensus alle Ausländer mit einer eigenen Migrationserfahrung. Sie werden abgegrenzt von den Ausländern ohne eigene Migrationserfahrung (zum Beispiel Kinder von Migranten), den Deutschen mit Migrationshintergrund (zum Beispiel Aussiedler, Eingebürgerte oder Kinder von Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft) sowie den Deutschen ohne Migrationshintergrund. Die Zuwanderer werden weiter differenziert nach dem Land ihrer (ersten) Staatsangehörigkeit und gegebenenfalls ihrem Zuzugszeitraum nach Deutschland.

Daten des Mikrozensus. Dieser Quelle liegt zwar eine Stichprobe mit einer insgesamt sehr großen Fallzahl zugrunde, bei einer Aufgliederung nach einzelnen Teilmengen wie spezieller Gruppen von Zuwanderern ergeben sich aber zum Teil nur kleine Fallzahlen, so dass nur grobe Analysen möglich sind.<sup>11</sup>

Von den in Deutschland lebenden Migranten sind die allermeisten auf dem Arbeitsmarkt – das heißt, sie haben einen Job oder suchen einen. Werden die Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Erwerbslose) auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (von 15 bis 65 Jahre) bezogen, ist die Erwerbsbeteiligung der meisten Nationalitätengruppen geringer als die der Deutschen – aber meist nicht viel (Tabelle 2).<sup>12</sup> Ähnlich hoch wie bei

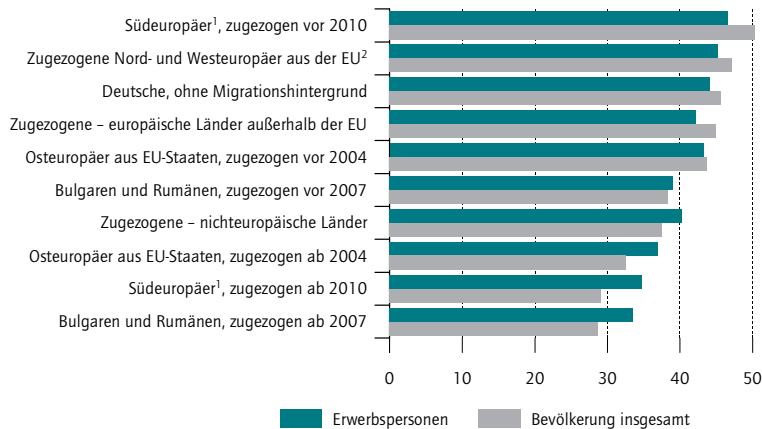
<sup>11</sup> Kritisch ist insbesondere die Fallzahl der seit der Krise in Südeuropa von dort Zugezogenen; sie beläuft sich lediglich auf knapp 200. Von den ab 2007 nach Deutschland zugezogenen Bulgaren und Rumänen finden sich im Mikrozensus 2011 knapp 500 Fälle, und von den zuvor Zugezogenen mit diesen Staatsbürgerschaften sind es 550. Bei allen anderen Migrantengruppen belaufen sich die Fallzahlen auf mehr als 1 000.

<sup>12</sup> Gemäß der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zählen zu den Personen im erwerbsfähigen Alter die 15- bis 74-Jährigen. Diese Abgrenzung ist international üblich. In Deutschland wird die Grenze häufig enger gezogen, weil sich in den Altersjahrgängen ab 65 Jahren sehr viele Rentner finden. Um die Migranten besser mit dem bestehenden Erwerbspersonenpotential in der Bundesrepublik vergleichen zu können, wurde abweichend von der ILO-Konvention eine engere Abgrenzung gewählt.

Abbildung 2

**Durchschnittsalter nach Staatsangehörigkeit sowie Migrationserfahrung 2011<sup>3</sup>**

In Jahren



1 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.  
 2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, UK, Irland, Frankreich, Österreich.  
 3 Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren.

Quellen: Mikrozensus; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Zuwanderer der letzten Jahre sind im Schnitt recht jung.

den Deutschen fallen die Erwerbsquoten bei den Zuwanderern mit der Staatsangehörigkeit eines west- und nordeuropäischen EU-Staates, den EU-Osteuropäern sowie bei den Migranten aus Südeuropa, die vor 2010 nach Deutschland zogen, aus. Die danach von dort Zugezogenen kommen indes auf eine deutlich geringere Erwerbsbeteiligung. Von ihnen nimmt ein erheblicher Teil an einer Ausbildung teil – sei sie schulischer, universitärer oder betrieblicher Art. Ähnlich, aber nicht so ausgeprägt ist das Bild bei den Bulgaren und Rumänen: Diejenigen, die vor dem EU-Beitritt ihres Landes kamen, haben eine höhere Erwerbsquote als jene, die danach zuwanderten. Auch bei dieser Gruppe sind die später Zugewanderten häufiger in einer Ausbildung.

Bei all dem spielt auch das Alter eine Rolle, denn die in den letzten Jahren Zugezogenen sind relativ jung und naturgemäß jünger als jene Migranten, die schon länger in Deutschland leben (Abbildung 2). Das gilt insbesondere mit Blick auf die eingewanderten Südeuropäer sowie die Bulgaren und Rumänen. Die nach dem EU-Beitritt aus osteuropäischen EU-Staaten Zugezogenen sind im Schnitt kaum jünger und nehmen etwas häufiger an einer Ausbildung teil als die zuvor aus diesen Staaten Zugezogenen. Ihr Alter liegt aber ebenfalls erheblich unter dem Durchschnitt, insbesondere unter dem Alter der Deutschen. Wird der Blick allein

auf die Erwerbspersonen gerichtet, fallen die Unterschiede beim Durchschnittsalter zwar deutlich geringer aus, sind aber noch erheblich.

**Hohe Arbeitslosigkeit unter den Zuwanderern**

Für das Zielland wie für die Migranten hängt der Erfolg der Zuwanderung – abgesehen von einer Ausbildung – in der Regel von der Integration in den Arbeitsmarkt ab, also vorrangig davon, ob sie eine Beschäftigung finden oder ob sie arbeitslos sind. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit kann auf verschiedene Weise gemessen werden. In Deutschland richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit vorrangig auf das Konzept der Bundesagentur für Arbeit. Danach gelten solche Personen als arbeitslos, die bei den Arbeitsagenturen gemeldet sind, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und die keine Beschäftigung von mehr als 15 Wochenstunden haben. International wird indes üblicherweise das Konzept der ILO verwendet, nach dem jene Personen als erwerbslos anzusehen sind, die überhaupt keiner bezahlten Beschäftigung nachgehen und eine aktiv suchen; die Meldung bei einer Arbeitsagentur sowie das Vorliegen oder das Fehlen einer Arbeitserlaubnis ist ohne Belang.

Abgesehen von denjenigen Personen, die aus nord- oder westeuropäischen EU-Staaten zuwanderten, lag bei allen Migrantengruppen die Erwerbslosenquote nach dem ILO-Konzept<sup>13</sup> deutlich über dem – von den Deutschen geprägten – Durchschnitt. Unter den übrigen Migrantengruppen ist sie bei denjenigen EU-Osteuropäern, die seit 2004 zuzogen, am geringsten. Etwas höher ist dagegen die Erwerbslosenquote unter den Bulgaren und Rumänen generell sowie unter jenen Südeuropäern, die ab 2010 zuzogen. Manch einer von ihnen ist offenbar ohne konkrete Beschäftigungsperspektive zugewandert. Am stärksten verbreitet ist Erwerbslosigkeit unter den Migranten aus den nicht zur EU gehörenden europäischen Staaten sowie den Migranten aus außereuropäischen Ländern.

Die Bundesagentur für Arbeit weist keine Arbeitslosenquoten nach Nationalitäten aus. Hilfsweise lassen sich diese anhand der registrierten Arbeitslosen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten berechnen.<sup>14</sup> Danach kommen die Ausländer aus Südeuropa, den

<sup>13</sup> Etwas abweichend gingen dabei nur die Erwerbspersonen im Alter von 16 bis 65 Jahren in die Berechnung ein.

<sup>14</sup> Üblicherweise gehen in die Berechnung der Arbeitslosenquoten die Erwerbstätigen ein; die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind nur ein – wenngleich der allergrößte – Teil der Erwerbstätigen. Qua Gesetz ist den Arbeitsagenturen indes bei der Vermittlung aufgetragen, den Arbeitslosen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu verschaffen (vgl. §16, 1 SGB III).

Tabelle 3

**Arbeitslose nach Herkunftsländern**

In 1 000 Personen

Oktober des jeweiligen Jahres	Deutschland	Südeuropa <sup>1</sup>	2004 zur EU beigetretene osteuropäische Staaten	Bulgarien und Rumänien	Nord- und westeuropäische EU-Staaten <sup>2</sup>	Nicht zur EU gehörende europäische Staaten	Außer-europäische Staaten
2005	3 840,2	87,4	35,3	6,3	25,8	349,4	146,1
2006	2 959,3	69,2	31,9	5,4	19,8	296,8	125,7
2007	2 628,2	58,1	29,3	5,4	16,8	261,2	114,3
2008	2 284,9	50,8	26,7	5,1	14,8	231,0	106,2
2009	2 478,5	57,1	29,0	6,5	17,3	249,0	114,6
2010	2 249,6	51,8	28,2	6,8	16,2	226,4	106,2
2011	2 287,7	51,9	31,4	8,1	16,2	227,9	113,7
2012	2 284,6	55,4	35,2	10,7	16,6	230,4	120,5
2013	2 302,3	60,9	42,8	14,8	17,8	232,6	130,0

1 Italien, Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern.

2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

Die Zahl der arbeitslosen Zuwanderer hat in den letzten Jahren zugenommen.

osteuropäischen EU-Staaten sowie aus Bulgarien und Rumänien aktuell<sup>15</sup> auf Arbeitslosenquoten von knapp 14 Prozent; eine Differenzierung nach dem Zeitpunkt der Zuwanderung ist nicht möglich. Zum Vergleich: Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft haben nach dieser Berechnungsweise eine Arbeitslosenquote von knapp acht Prozent.

Angesichts der starken Zuwanderungen in den letzten Jahren ist es nicht erstaunlich, dass auch die absolute Zahl der Arbeitslosen mit ausländischer Nationalität angezogen hat.<sup>16</sup> Es ist allerdings schwierig, bei der Betrachtung des Verlaufs der Arbeitslosigkeit Einwanderungs- von konjunkturellen Effekten zu trennen. Im Falle der Ausländer aus EU-Staaten sank die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2008, legte das darauf folgende Jahr zu, um danach kurzfristig wieder abzunehmen. Bei dieser Entwicklung dürfte die Konjunktur die dominierende Rolle gespielt haben. Nach 2010 wird dagegen die Migration prägend für den Verlauf gewesen sein: Mit dem kräftigen Zuwanderungsschub ging ein erheblicher Anstieg der Zahl der Arbeitslosen einher. Das gilt sowohl für die EU-Osteuropäer als auch für die Südeuropäer (Tabelle 3). Bei den Bulgaren und Rumänen stieg indes die Zahl der Arbeitslosen schon vor

dem durch die weltweite Finanzkrise ausgelösten Konjunkturreinbruch in Deutschland.

Insgesamt fällt die Arbeitslosigkeit von Ausländern aus EU-Staaten – vor allem wegen ihrer vergleichsweise geringen Gruppengröße – aber bisher wenig ins Gewicht. Auf sie entfielen im Oktober dieses Jahres insgesamt knapp fünf Prozent aller Arbeitslosen – weniger als beispielsweise von den Türken gestellt werden. Die Arbeitslosen aus den osteuropäischen EU-Staaten machten 1,5 Prozent aller Arbeitslosen aus, die Bulgaren und Rumänen zusammengenommen 0,5 Prozent. Mit reichlich zwei Prozent ist der Anteil der Südeuropäer höher, was aber kaum an den in den letzten Jahren Zugezogenen liegen dürfte, sondern eher an jenen Personen, die schon längere Zeit in Deutschland wohnen. Gleichwohl wird die jüngste Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit erheblich von Ausländern beeinflusst. Im Oktober war die Zahl der Arbeitslosen um 50 000 höher als ein Jahr zuvor; knapp zwei Drittel des Anstiegs wurden von Ausländern getragen, die meisten davon waren EU-Bürger.

**Viele Selbständige unter den Zuwanderern aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten**

Infolge der relativ hohen Erwerbslosigkeit und der bei Teilen der Migranten überdurchschnittlichen Teilnahme an einer Ausbildung ist der Anteil der Erwerbstätigen in den einzelnen Zuwanderungsgruppen vergleichsweise gering. Das gilt – neben den Migranten aus nicht-europäischen Ländern sowie aus europäischen

15 Arbeitslose im Oktober 2013 bezogen auf die Summe dieser Arbeitslosen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Ende 2012.

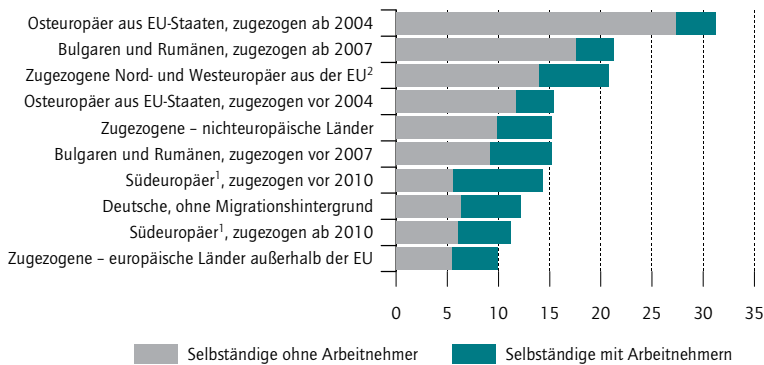
16 Die Daten der Bundesagentur für Arbeit geben nur Aufschluss über die Nationalität der Arbeitslosen, nicht jedoch darüber, ob sie nach Deutschland zugewandert sind und wann das war. Es ist aber wohl evident, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit unter den Ausländern in erheblichem Maße von Zuwanderern herrührt.



Abbildung 3

**Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen 2011**

In Prozent



1 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.  
 2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.  
 Quellen: Mikrozensus; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Zuwanderer gehen vergleichsweise häufig einer selbständigen Beschäftigung nach.

Ländern außerhalb der EU – nicht zuletzt für die seit 2010 zugewanderten Südeuropäer sowie für die seit dem EU-Beitritt ihres Landes zugezogenen Bulgaren und Rumänen. Kaum geringer als bei den Deutschen ist hingegen die Erwerbstätigenquote der EU-Osteuropäer – insbesondere jener, die seit 2004 kamen.

Auffallend ist, dass sich die Zuwanderer erheblich hinsichtlich ihrer Stellung im Beruf unterscheiden. Von den in den letzten Jahren zugezogenen Migranten aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten geht ein weit überdurchschnittlicher Anteil einer selbständigen Beschäftigung nach – und davon haben viele keine Arbeitnehmer (Abbildung 3). Die selbständige Beschäftigung wurde angesichts eingeschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit von Personen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten genutzt, um in Deutschland eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Von den Osteuropäern wurde dieser Zugangskanal zum deutschen Arbeitsmarkt stärker in Anspruch genommen als von den Bulgaren und Rumänen. Die Zuwanderer aus osteuropäischen EU-Staaten, insbesondere Polen, sind oft in handwerklichen Berufen tätig. Zeitgleich mit dem EU-Beitritt ihrer Herkunftsländer wurde die Handwerksordnung in Deutschland liberalisiert, und viele drängten in solche Handwerke, die nicht mehr dem Meisterzwang unterliegen.<sup>17</sup> Nur wenige Selbständige gibt es hingegen unter den in den letzten Jahren zugezogenen Südeuropäern; für sie war der deutsche Arbeitsmarkt offen.

<sup>17</sup> Vgl. Brenke, K (2008): Reform der Handwerksordnung – Erfolgreich, aber viel zu halbherzig. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 1/2008.

**Anteil der Migranten am Beschäftigungsaufbau nimmt deutlich zu**

Obwohl Deutschland Arbeitnehmern aus den 2004 und 2007 der EU beigetretenen Ländern zunächst nicht die volle Freizügigkeit für eine Arbeitsaufnahme gewährte, ist die Zahl der abhängig Beschäftigten aus den neuen Mitgliedstaaten dennoch erheblich gestiegen. Die Arbeitskräfte setzten auf die diversen Ausnahmeregelungen für eine Arbeitsaufnahme. Dazu zählen kurzfristige Beschäftigungen, besondere Regelungen für Fachkräfte und Akademiker, Beschäftigungsverhältnisse aufgrund spezieller familiärer Konstellationen, mit beruflicher Qualifizierung verbundene Tätigkeiten, Jobs auf Werkvertragsbasis oder Saisonarbeit.

Entsprechend zog nach 2004 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einer Staatsbürgerschaft eines der osteuropäischen Beitrittsländer mehr und mehr an (Tabelle 4). Zu einem enormen Schub kam es nach 2010, als die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt wurde. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien hatte schon vor dem Beitritt dieser Staaten zur EU um wenige tausend Personen zugenommen, danach stieg sie beschleunigt. Die Zahl der Beschäftigten aus diesen beiden Staaten hatte sich vom Jahr vor dem EU-Beitritt bis zum letzten Jahr verdreifacht, die der Beschäftigten aus den osteuropäischen Beitrittsländern ist um das 2,6-fache gestiegen. Zusammengenommen beläuft sich der Zuwachs auf etwa 230 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte seit den EU-Erweiterungsrunden von 2004 und 2007.

Auch die Zahl anderer sozialversicherungspflichtig beschäftigter Ausländer ist gewachsen. Seit 2010 nimmt die der Arbeitnehmer mit einer Staatsbürgerschaft eines südeuropäischen EU-Landes kräftig zu, nachdem sie in den vorgehenden Jahren immer mehr abnahm – möglicherweise wegen Rückwanderungen, Einbürgerungen oder Verrentungen von Personen aus der Gastarbeitergeneration. Im letzten Jahr hat – in absoluten Zahlen – das Beschäftigungswachstum der Südeuropäer gar das der Bulgaren und Rumänen übertroffen; so stark wie das der EU-Osteuropäer war es aber längst nicht.

Das Bild des Beschäftigungsverlaufs in Deutschland wird in zunehmendem Maße von Zuwanderungen geprägt. Zwar waren bis zuletzt am Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung weiterhin größtenteils Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft beteiligt. Aber immerhin trugen die Ausländer 2012 schon zu einem Drittel zum Beschäftigungsaufbau bei – zwei Jahre zuvor war es erst ein halb so großer Anteil gewesen. Das hängt vor allem mit der vermehrten Beschäftigung von Personen aus den osteuropäi-

Tabelle 4

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Herkunftsländern**

Dezember des jeweiligen Jahres	Deutschland	Südeuropa <sup>1</sup>	2004 zur EU beigetretene osteuropäische Staaten	Bulgarien und Rumänien	Nord- und westeuropäische EU-Staaten <sup>2</sup>	Nicht zur EU gehörende europäische Staaten	Außer-europäische Staaten
<b>In 1 000 Personen</b>							
2003	25 080,7	367,6	102,1	30,0	217,7	857,8	298,7
2004	24 718,6	350,6	101,6	30,1	209,7	825,4	287,8
2005	24 422,9	337,8	106,2	30,8	205,6	796,7	278,3
2006	24 564,3	337,5	115,5	32,9	206,8	808,4	288,9
2007	25 010,6	341,1	122,4	36,7	206,9	832,1	304,8
2008	25 550,6	345,2	129,6	42,0	208,2	857,9	324,2
2009	25 496,4	339,9	138,9	49,0	206,1	829,8	320,1
2010	25 777,9	343,8	148,4	56,3	206,7	845,4	332,0
2011	26 309,9	361,7	189,8	70,6	212,0	881,4	355,9
2012	26 677,0	387,8	269,3	92,5	219,3	900,1	374,6
<b>Index 2003 = 100</b>							
2003	100	100	100	100	100	100	100
2004	99	95	100	101	96	96	96
2005	97	92	104	103	94	93	93
2006	98	92	113	110	95	94	97
2007	100	93	120	122	95	97	102
2008	102	94	127	140	96	100	109
2009	102	92	136	163	95	97	107
2010	103	94	145	188	95	99	111
2011	105	98	186	235	97	103	119
2012	106	106	264	308	101	105	125
<b>Beitrag zum gesamten Beschäftigungsaufbau gegenüber dem Vorjahr in Prozent</b>							
2010	85,2	1,2	2,9	2,2	0,2	4,7	3,6
2011	79,3	2,7	6,2	2,1	0,8	5,4	3,6
2012	68,1	4,9	14,7	4,1	1,3	3,5	3,5

1 Italien, Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern.

2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Zuwanderer haben in den letzten Jahren verstärkt zum Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beigetragen.

schen EU-Ländern und der Herstellung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitskräfte von dort zusammen.

Anfang nächsten Jahres wird auch den Personen aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt. Es ist schwer abzuschätzen, in welchem Maße es dadurch zu Einwanderungen nach Deutschland kommen wird. Die Erfahrungen mit den Arbeitskräften aus den 2004 der EU beigetretenen osteuropäischen Ländern sprechen dafür, dass sie erheblich sein werden. Zudem ist in Rechnung zu stellen, dass die EU-Osteuropäer in starkem Maße über die Selbständigkeit den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt gefunden haben. Bei den Bulgaren und Rumänen war das zwar ebenfalls der Fall, jedoch in viel geringerem Maße. Sie setzen mehr auf die abhängige Beschäftigung.

Nach dem EU-Beitritt kam es bereits zu erheblichen Abwanderungen aus Bulgarien und Rumänien. Die Ab-

wanderer zog es vor allem in südeuropäische Länder, insbesondere nach Spanien und Italien, in kleinerer Zahl auch nach Griechenland (Tabelle 5). Hier gab es keine Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit wie im Falle Deutschlands. Die Beschäftigungssituation in diesen Ländern ist allerdings prekär; ein erheblicher Teil der Zuwanderer ist erwerbslos. Es ist daher mit vermehrten Weiterwanderungsströmen zu rechnen; ein Teil der bereits in andere Länder gezogenen Bulgaren und Rumänen könnte bei voller Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Deutschland wechseln. Zudem sind bei vollständiger Arbeitnehmerfreizügigkeit vermehrte direkte Zuwanderungen vor allem aus Rumänien wahrscheinlich – zumal der Arbeitsmarkt in den ähnlich sprachigen, südeuropäischen Krisenländern wenig aufnahmefähig ist. Es gibt bereits Hinweise auf solche Umlenkungseffekte.<sup>18</sup>

<sup>18</sup> Vgl. Bertoli, S., Brücker, H., Fernández-Huertas Moraga, J. (2013): The European Crisis and Migration to Germany: Expectations and the Diversion of Migration Flows. IZA Discussion Paper No. 7170.

Tabelle 5

**Erwerbstätige und erwerbslose Bulgaren und Rumänen in europäischen Staaten 2012**

	Erwerbstätige	Erwerbslose	Erwerbslosenquote <sup>1</sup>
	In 1 000 Personen		In Prozent
Belgien	21,9	6,5	23,0
Dänemark	9,5	1,8	15,9
Deutschland	129,3	13,4	9,4
Finnland	1,2	0,0	0,0
Frankreich	42,7	8,8	17,1
Griechenland	39,8	13,2	24,9
Irland	8,2	2,2	21,2
Italien	625,8	99,6	13,7
Luxemburg	1,5	0,3	16,7
Niederlande	5,9	0,4	6,3
Norwegen	3,5	0,0	0,0
Österreich	29,0	2,8	8,8
Polen	1,1	-	-
Portugal	11,4	-	-
Schweden	5,9	0,8	11,9
Schweiz	7,4	1,0	11,9
Slowenien	1,2	-	-
Spanien	366,8	229,8	38,5
Tschechien	1,9	-	-
Großbritannien	94,0	6,6	6,6

<sup>1</sup> Erwerbslose bezogen auf die Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 74 Jahren.  
 Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Viele der ins europäische Ausland abgewanderten Rumänen und Bulgaren sind erwerbslos, insbesondere in Spanien.

**Viele Zuwanderer üben nur einfache Tätigkeiten aus ...**

Die Tätigkeitsstruktur der Zuwanderer weicht mit Blick auf die meisten Nationalitäten deutlich vom Durchschnitt ab. Ins Auge sticht nach den Mikrozensus-Daten von 2011 vor allem ein überproportionaler Anteil an Erwerbstätigen, die einfache Jobs ausüben – also solche, für die in aller Regel kein Berufsabschluss erforderlich ist (Tabelle 6).<sup>19</sup> Aus dem Rahmen fallen wiederum die aus west- und nordeuropäischen EU-Staaten Zugezogenen, die in überdurchschnittlichem Maße einer qualifizierten Tätigkeit nachgehen. Unter den übrigen Zuwanderern ist zu differenzieren. Bei den Südeuropäern sticht ins Auge, dass diejenigen, die erst in den letzten Jahren zuwanderten, viel häufiger anspruchsvolle Jobs haben als jene, die schon länger in Deutschland leben. Auffallend ist bei ihnen ein hoher Anteil an Personen mit einer hochqualifizierten Tätigkeit.

Anders sieht es bei den Zuwanderern aus den neuen EU-Beitrittsländern aus: Reichlich die Hälfte übt einfache Tätigkeiten aus und Erwerbstätige in Jobs, die eine akademische Ausbildung voraussetzen, gibt es vergleichsweise wenige. Das mag auch mit den Arbeitsbeschränkungen zusammenhängen. Denn nach dem EU-Beitritt ihrer Staaten hat sowohl der Anteil jener Arbeitskräfte zugenommen, die lediglich eine einfache Arbeit haben, als auch etwas der Anteil derjenigen, die hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben – was an speziellen Ausnahmeregelungen für die Arbeitsaufnahme von Fachkräften in Deutschland liegen könnte. Ein leicht erhöhter Anteil an Erwerbstätigen mit hochqualifizierten Tätigkeiten findet sich aber nur unter den Osteuropäern, nicht jedoch bei den Bulgaren und Rumänen.

Tabelle 6

**Struktur der Erwerbstätigen nach ihrer ausgeübten Tätigkeit 2011**

Anteile in Prozent

	Einfache	Qualifizierte	Hoch qualifizierte
	Tätigkeiten		
Deutsche ohne Migrationshintergrund	29	59	11
Deutsche mit Migrationshintergrund, eingebürgert	44	48	8
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	44	51	5
Südeuropäer <sup>1</sup> , zugezogen vor 2010	59	37	4
Südeuropäer <sup>1</sup> , zugezogen ab 2010	34	43	23
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen vor 2004	48	48	5
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen ab 2004	51	42	7
Bulgaren und Rumänen, zugezogen vor 2007	53	38	8
Bulgaren und Rumänen, zugezogen ab 2007	62	31	7
Zugezogene Nord- und Westeuropäer aus der EU <sup>2</sup>	27	55	17
Zugezogene aus europäischen Ländern außerhalb der EU	63	33	3
Zugezogene aus nicht europäischen Ländern	48	42	10
<b>Insgesamt</b>	<b>32</b>	<b>57</b>	<b>11</b>

<sup>1</sup> Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.  
<sup>2</sup> Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Mikrozensus; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Der Anteil der Personen, die einer einfachen Tätigkeit nachgehen, ist in den meisten Zuwanderergruppen höher als bei den Deutschen.

**... - was an der oft fehlenden Berufsausbildung liegen mag ...**

Die erwerbstätigen Zuwanderer beziehungsweise die Zuwanderer insgesamt weisen eine deutlich von den Deutschen abweichende Qualifikationsstruktur auf (Tabelle 7). So verfügt zum einen ein deutlich größerer Anteil der Zuwanderer nicht über einen berufsqualifizierenden Abschluss. Zum anderen gibt es vergleichsweise viele mit einem tertiären (akademischen) Abschluss. Unterrepräsentiert sind dagegen Personen mit einer Lehre/Ausbildung. Das hängt damit zusammen, dass es ein duales Berufsbildungssystem wie in der Bundesrepublik nur in

<sup>19</sup> Die Zuordnung der Tätigkeiten erfolgte über eine Klassifizierung der ausgeübten Berufe. Dafür wurde ein Zuordnungsschema verwendet, das auf Blossfeld sowie Schimpl-Neimans zurückgeht. Vgl. Blossfeld, H. P.: Bildungsexpansion und Berufschancen. Frankfurt a.M. 1985 sowie Schimpl-Neimanns, B.: Mikrodaten-Tools: Umsetzung der Berufsklassifikation von Blossfeld auf die Mikrozensus 1973-1998. ZUMA-Methodenbericht Nr. 10 (2003).

Tabelle 7

**Erwerbstätige und Bevölkerung nach ihrer Qualifikation 2011**

In Prozent<sup>1</sup>

	Kein berufsqualifizierender Abschluss		Lehre/Ausbildung		Hochschul-/ Fachhochschulabschluss		Insgesamt	
	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung
Deutsche ohne Migrationshintergrund	9	14	71	69	20	17	100	100
Deutsche mit Migrationshintergrund, eingebürgert	28	35	53	48	19	17	100	100
Nord- und Westeuropäer <sup>2</sup> aus EU-Staaten	16	21	41	43	43	36	100	100
Südeuropäer <sup>3</sup> aus EU-Staaten	56	63	34	29	10	8	100	100
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen vor 2004	20	24	59	56	22	20	100	100
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen ab 2004	26	29	56	51	19	19	100	100
Bulgaren und Rumänen, zugezogen vor 2007	28	36	45	40	27	24	100	100
Bulgaren und Rumänen, zugezogen ab 2007	39	46	41	33	20	21	100	100
Zugezogene aus europäischen Ländern außerhalb der EU	51	61	38	29	12	10	100	100
Zugezogene aus nicht europäischen Ländern	45	54	25	22	30	25	100	100
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	27	35	64	57	9	8	100	100

1 Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, nicht in Ausbildung.

2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

3 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2011; Berechnungen des DIW Berlin.

Zuwanderer haben seltener einen berufsqualifizierenden Abschluss als Deutsche. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den verschiedenen Zuwanderergruppen.

Tabelle 8

**Ausländische Bevölkerung<sup>1</sup> nach der Qualifikation 2011**

In Prozent

	Ausländische Erwerbspersonen				Alle Ausländer			
	kein berufsqualifizierender Abschluss	Lehre/Ausbildung	Hochschul-/ Fachhochschulabschluss	Insgesamt	kein berufsqualifizierender Abschluss	Lehre/Ausbildung	Hochschul-/ Fachhochschulabschluss	Insgesamt
Zuzug 1949-1990	51	40	9	100	60	33	8	100
Zuzug 1991-2003	44	35	21	100	49	31	19	100
Zuzug 2004-2011	34	34	33	100	41	30	30	100
Insgesamt	44	37	19	100	52	32	16	100

1 Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, nicht in Ausbildung.

Quellen: Mikrozensus 2011; Berechnungen des DIW Berlin.

Die Zuwanderer der letzten Jahre haben häufiger einen berufsqualifizierenden Abschluss als die schon in früheren Jahren Zugewanderten.

wenigen anderen Ländern gibt; im Ausland werden ähnliche Qualifikationen in Fachschulen oder Berufsakademien erworben und die Qualifikationsnachweise gelten oft als höhere tertiäre Abschlüsse. Daher sind auch internationale Vergleiche von Bildungsabschlüssen schwierig.

Zwischen den einzelnen Gruppen von Zuwanderern zeigen sich große Unterschiede hinsichtlich der Qualifikationsstruktur. Von den Migranten, die aus den südeuropäischen EU-Ländern,<sup>20</sup> aus nicht zur EU gehörenden europäischen Ländern gekommen sind und jenen, die aus außereuropäischen Staaten stammen, hat ein weit

überdurchschnittlicher Teil – zumeist mehr als die Hälfte – keinen berufsqualifizierenden Abschluss. Relativ gut qualifiziert sind dagegen die Migranten aus den nord- und westeuropäischen EU-Staaten sowie aus den osteuropäischen EU-Staaten – sowohl jene Personen, die vor dem EU-Beitritt ihres Landes im Jahr 2004 zuwanderten, als auch jene Personen, die erst danach kamen. Eine deutlich ungünstigere Qualifikationsstruktur als die EU-Osteuropäer haben indes die Bulgaren und Rumänen – insbesondere diejenigen, die in den letzten Jahren kamen.

Alles in allem sind die Zuwanderer der letzten Jahre aber besser qualifiziert als die Zuwanderer früherer Zeit (Tabelle 8). Das hängt zum Teil auch damit zusammen, dass sich ihre Zusammensetzung hinsichtlich der Natio-

20 Aufgrund geringer Fallzahlen werden die Migranten aus den südeuropäischen EU-Ländern im Folgenden nicht nach ihrem Zuzugszeitraum differenziert.

## Kasten 2

**Ansätze zur Bestimmung formaler und tatsächlicher Überqualifizierung**

Zur Bestimmung formaler Überqualifizierung wird in der Literatur regelmäßig ein Vergleich des höchsten Bildungsabschlusses eines Erwerbstätigen mit dem Bildungsabschluss vorgenommen, der für den von ihm ausgeübten Beruf erforderlich ist. Beim sogenannten normativen/objektiven Ansatz (oder *job analysis approach*) wird der für einen Beruf erforderliche Bildungsabschluss durch die in der jeweils vorliegenden Berufsklassifikation angegebenen formalen Bildungsvoraussetzungen erfasst. Im Mikrozensus kann der für einen Beruf erforderliche Bildungsabschluss aus der International Standard Classification of Occupations 2008 (ISCO-08) abgeleitet werden und mit dem anhand der International Standard Classification of Education 1997 (ISCED-97) klassifizierten Bildungsabschluss eines Erwerbstätigen verglichen werden.<sup>1</sup> Dabei gibt es allerdings das Problem, dass in Deutschland dem berufsqualifizierenden Abschluss in Form einer Lehre/Ausbildung eine besonders große Bedeutung zukommt und diese Qualifikation mit dem beschriebenen Ansatz nicht adäquat berücksichtigt wird.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. ILO (2012): International Standard Classification of Occupations. Structure, group definitions and correspondence tables. Volume 1. International Labour Organization, Genf, 14.

<sup>2</sup> Bei dem genannten Ansatz wird der berufsqualifizierende Abschluss einer Lehre/Ausbildung unter anderem mit einem Haupt-/Realschulabschluss oder einer Hoch-/Fachhochschulreife ohne beruflichen Abschluss in einer Kategorie zusammengefasst.

Anders als der normative Ansatz orientiert sich der sogenannte statistische Ansatz (oder *realized matches approach*) an den tatsächlichen Qualifikationen der Beschäftigten.<sup>3</sup> In der Regel wird bei diesem Ansatz das erforderliche Bildungsniveau mit der durchschnittlichen Zahl der absolvierten Schul-/Ausbildungsjahre gemessen. Da der Fokus in diesem Beitrag auf Bildungsabschlüssen und nicht auf Schul- und anderen Ausbildungsjahren liegt, wird das erforderliche Bildungsniveau stattdessen daran gemessen, welchen höchsten Bildungsabschluss mindestens 60 Prozent der Beschäftigten in einer Berufskategorie vorweisen. Dabei werden drei mögliche Ausprägungen unterschieden: kein berufsqualifizierender Abschluss, Lehre/Ausbildung oder Fachhochschul-/Universitätsabschluss.

Eine weitere Möglichkeit, den für einen Beruf erforderlichen Bildungsabschluss zu erfassen, stellt die direkte Befragung der betroffenen Erwerbstätigen dar (*worker self-assessment approach*). Dieser Ansatz kann wegen fehlender Informationen mithilfe des Mikrozensus nicht verfolgt werden.

<sup>3</sup> Eine Übersicht und Bewertung der Methoden zur Erfassung des erforderlichen Bildungsniveaus findet sich in Hartog, J. (2000): Overeducation and earnings: where are we, where should we go? Economics of Education Review 19, 131-147.

nalitäten verändert hat.<sup>21</sup> Von der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2011 weisen die zuletzt zugewanderten Ausländer häufiger einen Hochschul-/Fachhochschulabschluss auf als die zuvor zugewanderten Ausländer. Laut OECD stieg der Anteil der zugewanderten Personen mit einem hohen Bildungsabschluss im Zeitraum von 2000/01 bis 2009/10 in der Bundesrepublik stärker als im Durchschnitt der OECD-Länder.<sup>22</sup> Zudem ist der Anteil der Ausländer ohne berufsqualifizierenden Abschluss über die betrachteten Kohorten rückläufig;<sup>23</sup> er beläuft sich jedoch für die im Zeitraum von 2004 bis 2011 zugewanderten Ausländer immer noch auf etwa ein Drittel der Erwerbspersonen.

<sup>21</sup> Vgl. hierzu Brücker, H. (2013): Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat: Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik. Bertelsmann Stiftung, 11 ff.

<sup>22</sup> Vgl. OECD (2012): Integration von Zuwanderern: OECD-Indikatoren 2012. OECD Publishing, 24.

<sup>23</sup> Vgl. hierzu auch Geis, W. (2012): Der Beitrag der Zuwanderung zur Fachkräftesicherung. IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 39. Jahrgang, 8.

### ... und daran, dass ein erheblicher Teil der Migranten nicht ausbildungsadäquat beschäftigt ist

Der Befund, dass von den Migranten vergleichsweise häufig nur einfache Jobs ausgeübt werden, steht offenbar in Zusammenhang damit, dass vielen eine Berufsausbildung fehlt. Gleichwohl könnte es sein, dass es einen erheblichen Teil an Personen gibt, die trotz beruflicher Qualifikation einer Tätigkeit nachgehen, bei der sie ihre Kenntnisse nicht hinreichend einsetzen können. Darauf deuten bereits vorliegende Untersuchungen hin.<sup>24</sup>

<sup>24</sup> Einer Studie des IAB in Nürnberg zufolge ist der Anteil der Personen mit einer Berufsausbildung oder einem Studium, die ausbildungsadäquat beschäftigt sind, für viele Zuwanderergruppen geringer als für die Gruppe der Deutschen ohne Migrationshintergrund. Dies trifft bei den Neuzuwanderern (Durchschnitt der in den Jahren 2004-2008 Zugewanderten) insbesondere auf männliche Migranten aus den neuen EU-Mitgliedstaaten sowie auf weibliche Migranten aus nicht EU-Staaten in Europa oder aus der Türkei zu, vgl. Seibert, H., Wapler, R. (2012): Aus dem Ausland kommen immer mehr Akademiker. IAB-Kurzbericht 21/2012, Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 5. Ähnliche Ergebnisse lieferte eine frühere Studie des DIW Berlin, wonach der Anteil der Erwerbstätigen mit Fachhoch- oder Hochschulabschluss, die im Jahr 2008 lediglich einfache Tätigkeiten ausübten, für im

Zur Bestimmung formaler Überqualifizierung speziell in Deutschland hat das IAB in Nürnberg einen weiteren Ansatz entwickelt. Demnach gelten all diejenigen Personen mit einer Berufsausbildung oder einem Studienabschluss, die zugleich einer qualifizierten Tätigkeit nachgehen, als qualifikationsgerecht beschäftigt.<sup>4</sup> Als nicht qualifikationsgerecht tätig gelten hingegen jene Personen mit einer Berufsausbildung oder einem Studienabschluss, die lediglich eine sogenannte einfache Tätigkeit ausüben. Für die Implementierung des IAB-Ansatzes in der vorliegenden Studie werden die im Datensatz enthaltenen Berufe nach dem Blossfeld-Schema klassifiziert<sup>5</sup> und anschließend in die Kategorien einfache und qualifizierte Tätigkeiten aggregiert.

Nicht alle Erwerbstätigen, die für den von ihnen ausgeübten Beruf formal überqualifiziert sind, sind notwendigerweise auch tatsächlich überqualifiziert. Tatsächliche Überqualifizierung liegt beispielsweise vor, wenn eine Person formal überqualifiziert ist und zudem angibt, dass sie ihre zuvor erworbenen Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten bei ihrer aktuellen

Tätigkeit nicht hinreichend einsetzen kann.<sup>6</sup> Kann ein Erwerbstätiger hingegen zwar die formalen Bildungsanforderungen, aber nicht die sonstigen, mit seinem Beruf üblicherweise verbundenen Anforderungen erfüllen, und arbeitet aus diesem Grund in einem Beruf mit einer geringeren Bildungsanforderung, kann er lediglich als formal überqualifiziert und nicht als tatsächlich überqualifiziert gelten. Berechnungen auf Basis der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung zufolge lag die tatsächliche Überqualifizierungsrate in Deutschland im Jahr 2006 deutlich unter der formalen Überqualifizierungsrate.<sup>7</sup> Da die für diese Berechnungen verwendeten Selbsteinschätzungen der Erwerbstätigen zu *skill mismatching* (im Gegensatz zu *qualification mismatching*) im Mikrozensus nicht vorliegen, werden im vorliegenden Beitrag Informationen zu vertikaler (qualifikationsbezogener) und horizontaler (fachbezogener) Inadäquanz von Ausbildung und ausgeübtem Beruf kombiniert, um das Vorliegen von tatsächlicher Überqualifizierung abzuschätzen.

<sup>4</sup> Vgl. Brücker, H. et al. (2012), a. a. O., 273.

<sup>5</sup> Die notwendigen Informationen hierzu werden von gesis auf folgender Internetseite zur Verfügung gestellt: [www.gesis.org/missy/studie/klassifikationen/sozialwissenschaftliche-klassifikationen/berufsklassifikationen-nach-blossfeld/](http://www.gesis.org/missy/studie/klassifikationen/sozialwissenschaftliche-klassifikationen/berufsklassifikationen-nach-blossfeld/), Zugriff am 23. Juli 2013.

<sup>6</sup> Vgl. Green, F., Zhu, Y. (2010): Overqualification, job dissatisfaction, and increasing dispersion in the returns to graduate education. *Oxford Economic Papers* 62, 740-763. Eine ähnliche Unterscheidung findet sich in Chevalier, A. (2003): Measuring Over-education. *Economica*, New Series, 70(279), 509-531.

<sup>7</sup> Rohrbach-Schmidt, D., Tiemann, M. (2013): Qualification and Skill-based Mismatching in Germany. In: Green, F., Keese, M. (Hrsg.): *Job tasks, work skills and the labour market*. OECD, Paris (im Erscheinen).

## Vertikal inadäquate Beschäftigung

Um das Ausmaß von formaler Überqualifizierung – die sogenannte vertikal inadäquate Beschäftigung<sup>25</sup> – zu analysieren, wird zunächst die Methode des IAB<sup>26</sup> herangezogen. Danach gelten alle Personen mit einer Berufsausbildung oder einem Studienabschluss, die keine qualifizierte Tätigkeit, sondern lediglich eine einfache Tätigkeit ausüben, als überqualifiziert (Kasten 2).<sup>27</sup>

Zeitraum 2004–2008 zugewanderte Personen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten am größten war, vgl. Brenke, K. (2011): Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa: Bisher keine starke Zuwanderung – und auch keine Belastungen für den Arbeitsmarkt zu erwarten. *DIW Wochenbericht* Nr. 18/2011.

<sup>25</sup> Vgl. zum Beispiel Fehse, S., Kerst, C. (2007): Arbeiten unter Wert? Vertikal und horizontal inadäquate Beschäftigung von Hochschulabsolventen der Abschlussjahrgänge 1997 und 2001. *Beiträge zur Hochschulforschung* 29(1), 72–98.

<sup>26</sup> Vgl. Brücker, H. et al. (2012): Fachkräftebedarf: Analyse und Handlungsstrategien. In: Brücker, H., Klinger, S., Möller, J., Walwei, U. (Hrsg.): *Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen, Daten, Fakten*. IAB-Bibliothek 334, Nürnberg, Kapitel D, 205–290.

<sup>27</sup> Während das Augenmerk in der Literatur häufig auf Personen mit tertiärer (universitärer) Bildung liegt, erscheint es vor dem Hintergrund eines sich auch in einigen Berufen mit mittleren Qualifikationsanforderungen abzeichnenden Fachkräfteengpasses sinnvoll, alle Personen mit einem berufsqualifizierenden Abschluss in die Analyse einzubeziehen.

Es zeigt sich, dass im Jahr 2011 reichlich ein Viertel der Deutschen ohne Migrationshintergrund mit einem berufsqualifizierenden Abschluss nur eine einfache Tätigkeit ausübte (Tabelle 9). Demgegenüber wiesen alle Migrantengruppen – mit Ausnahme der Zuwanderer aus den nördlichen und westlichen EU-Mitgliedstaaten – einen deutlich höheren Anteil an Personen mit einer formalen Überqualifizierung auf. Die höchsten entsprechenden Quoten finden sich bei den Migranten aus Rumänien und Bulgarien, den Migranten aus europäischen nicht-EU-Ländern sowie den Migranten aus den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten. Differenziert man die Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten weiter nach dem Zeitraum ihres Zuzugs, so zeigt sich, dass die erst ab 2004 bzw. 2007 aus den osteuropäischen EU-Ländern bzw. Bulgarien und Rumänien Zugewanderten häufiger überqualifiziert sind als die vor 2004 beziehungsweise 2007 Zugewanderten aus diesen Ländern.

Als weitere Methode zur Messung der formalen Überqualifizierung bietet sich der sogenannte statistische Ansatz an. Die anhand dieses Verfahrens berechnete

Tabelle 9

**Formale Überqualifizierung 2011**Anteil vertikal inadäquat beschäftigter Personen<sup>1</sup> in Prozent

	IAB-Ansatz	Statistischer Ansatz
Deutsche ohne Migrationshintergrund	27	16
Deutsche mit Migrationshintergrund, eingebürgert	33	25
Nord- und Westeuropäer <sup>2</sup> aus EU-Staaten	20	30
Südeuropäer <sup>3</sup> aus EU-Staaten	38	23
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen vor 2004	44	34
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen ab 2004	49	35
Bulgaren und Rumänen, zugezogen vor 2007	43	38
Bulgaren und Rumänen, zugezogen ab 2007	58	40
Zugezogene aus europäischen Ländern außerhalb der EU	48	33
Zugezogene aus nicht europäischen Ländern	35	45
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	32	14

1 Erwerbstätige Personen mit berufsqualifizierendem Abschluss im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, nicht in Ausbildung.

2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

3 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2011; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Das Ausmaß der vertikal inadäquaten Beschäftigung variiert deutlich nach Migrationsstatus oder Nationalität. Zuwanderer sind in der Regel häufiger vertikal inadäquat beschäftigt als Deutsche.

Überqualifizierungsquote ist für die meisten Bevölkerungsgruppen geringer als die anhand des IAB-Ansatzes ermittelte.<sup>28</sup> Sie liegt bei 16 Prozent für die Deutschen ohne Migrationshintergrund, zwischen 23 und 45 Prozent für die Personen mit eigener Migrationserfahrung und bei 14 Prozent für die Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung. Zudem ergeben sich einige Verschiebungen bei den Positionen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, wobei zwei Verschiebungen herausstechen: War die Überqualifizierungsrate nach dem IAB-Ansatz für Ausländer aus den nördlichen und westlichen EU-Mitgliedsländern am geringsten, findet sich diese Gruppe bei Verwendung des statistischen Ansatzes nur noch im Mittelfeld. Auch ist eine Verschlechterung der Position für die Gruppe der Ausländer aus den nicht-europäischen Staaten auszumachen: Lag diese Gruppe bei Verwendung des IAB-Ansatzes im Mittelfeld, nimmt sie nach dem statistischen Ansatz den letzten Platz ein.<sup>29</sup> Eine deutliche Positionsverbesserung ist für die Gruppe der Ausländer aus den südlichen EU-Mitgliedsländern zu verzeichnen.

<sup>28</sup> Dies ist darauf zurückzuführen, dass beim statistischen Ansatz der für einen Beruf erforderliche Bildungsabschluss nicht auf Basis theoretischer Überlegungen (ex ante), sondern aus den unter den Beschäftigten tatsächlich vorhandenen Bildungsabschlüssen (ex post) abgeleitet wird.

<sup>29</sup> Diese Beobachtungen hängen mit dem vergleichsweise hohen Anteil der Personen mit Hochschul-/Fachhochschulabschluss in den beiden Bevölkerungsgruppen zusammen.

**Vertikal und horizontal inadäquate Beschäftigung**

Die präsentierten Zahlen zur formalen Überqualifizierung können als eine Art obere Grenze für das Ausmaß der tatsächlichen Überqualifizierung angesehen werden. Abweichend von der in der Literatur bekannten Definition tatsächlicher Überqualifizierung basiert die im Folgenden vorgenommene Abgrenzung von formaler und tatsächlicher Überqualifizierung speziell bei Migranten auf folgender Überlegung: Ist es einem formal überqualifizierten Migranten lediglich aufgrund einer noch nicht erfolgten behördlichen Anerkennung seines ausländischen Abschlusses oder Ähnlichem unmöglich, eine ausbildungsadäquate Tätigkeit in Deutschland zu finden, so kann er tatsächlich als überqualifiziert gelten. Findet hingegen ein formal überqualifizierter Migrant aufgrund von fehlenden beruflichen beziehungsweise institutionellen Kenntnissen oder wegen nicht hinreichender Sprachkenntnisse keine adäquate Tätigkeit, so kann er nicht als tatsächlich überqualifiziert gelten. Da im Mikrozensus wie auch in anderen Quellen keine Informationen zu den letztgenannten Eigenschaften enthalten sind, ist es nicht möglich, die vorgeschlagene Abgrenzung explizit umzusetzen. Da der Datensatz jedoch Auskünfte über die Fachrichtung des erlernten Berufes enthält, kann beurteilt werden, ob die Ausbildungsinhalte und Berufsinhalte fachlich zusammenpassen oder auseinanderfallen. Zusätzlich zur bisher betrachteten vertikalen Inadäquanz kann daher auch die horizontale Inadäquanz<sup>30</sup> von Ausbildung und Beruf untersucht werden.<sup>31</sup> Hierdurch kann dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Migranten möglicherweise im Fachbereich ihrer Ausbildung tätig sind, aber aufgrund der imperfekten Transferierbarkeit ihres Humankapitals in der beruflichen Praxis heruntergestuft werden. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn jemand mit einem berufsqualifizierenden Abschluss im Bereich Ingenieurwissenschaft zwar einen technischen, aber nur einen einfacheren, wenngleich qualifizierten Job ausübt. Zur Bestimmung der horizontalen Adäquanz von Hauptfachrichtung und ausgeübtem Beruf wurde auf bestehende Klassifikationsschemata zurück-

<sup>30</sup> Vgl. zum Beispiel Fehse, S., Kerst, C. (2007), a. a. O., 74.

<sup>31</sup> Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ermittelt seit 2005 den erlernten Beruf (mit Blick auf die angestrebte Tätigkeit) einer Person aus den Informationen des Mikrozensus. Da die generierte Variable an die Klassifikation der Berufe (KldB) angelehnt ist, kann sie mit dem im Datensatz nach der KldB klassifizierten ausgeübten Beruf in Beziehung gesetzt werden. Aktuell ist die Information über den erlernten Beruf noch nicht für die Allgemeinheit verfügbar. Vgl. Bott, P., Helmrich, R., Schade, H.-J., Weller, S.-I. (2010): Datengrundlagen und Systematiken für die BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen. In: Helmrich, R., Zika, G. (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB, Bonn, 63-80.

gegriffen.<sup>32</sup> Der Anteil derjenigen Erwerbstätigen, die sowohl nach der vertikalen als auch nach der horizontalen Perspektive inadäquat beschäftigt sind, kann als untere Grenze für das Ausmaß der tatsächlichen Überqualifizierung herangezogen werden, während der Anteil der allein in der vertikalen Perspektive inadäquat beschäftigten Personen als obere Grenze angesehen werden kann.

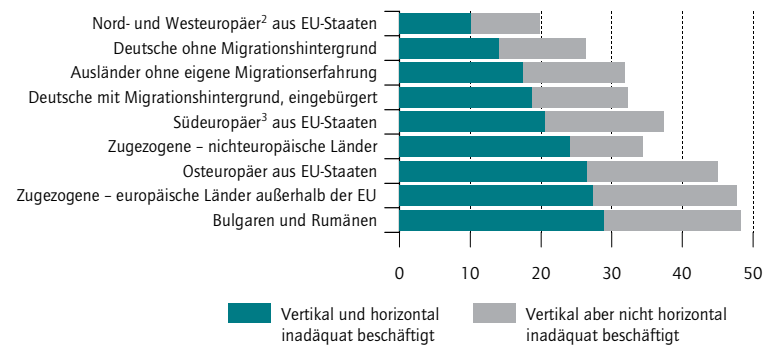
Unter der Einbeziehung der horizontalen Überqualifizierung ergibt sich ein differenzierteres Bild, an der Rangfolge der einzelnen Bevölkerungsgruppen ändert sich aber kaum etwas: Besonders hoch ist der Anteil der inadäquat Beschäftigten unter den Rumänen und Bulgaren, unter den Migranten aus den nicht zur EU gehörenden europäischen Staaten sowie unter den EU-Osteuropäern, am geringsten ist er unter den Zuwanderern aus den nord- und westeuropäischen EU-Ländern sowie unter den Deutschen (Abbildung 4). Feststellen lassen sich überdies leichte Verschiebungen in der Rangskala – und zwar bei der Gruppe der Migranten aus den südlichen EU-Mitgliedsstaaten und denen aus außereuropäischen Ländern.

Möglicherweise sind die Ergebnisse über das unterschiedliche Ausmaß der Überqualifizierung in den einzelnen Bevölkerungsgruppen auf Unterschiede in bestimmten sozio-ökonomischen Merkmalen zurückzuführen. Zur Beantwortung dieser Frage wurden multivariate Schätzungen für die Wahrscheinlichkeit, für den ausgeübten Beruf überqualifiziert zu sein, durchgeführt. Im ersten Schritt wurde die Wahrscheinlichkeit vertikal inadäquater Beschäftigung und im zweiten Schritt die Wahrscheinlichkeit vertikal und zugleich horizontal inadäquater Beschäftigung geschätzt. In die Schätzungen wurden neben der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe auch das Geschlecht, das Alter, der höchste Bildungsabschluss, die bisherige Dauer der ausgeübten Tätigkeit, der Besuch einer Fortbildung sowie teilweise die Hauptfachrichtung des höchsten Bildungsabschlusses und das Bundesland einer Person einbezogen.<sup>33</sup> Um einem möglichen Selektionsproblem<sup>34</sup> vorzubeugen, wurde neben einem

Abbildung 4

**Formale und tatsächliche Überqualifizierung: Anteil vertikal und horizontal sowie lediglich vertikal inadäquat beschäftigter Personen<sup>1</sup> 2011**

In Prozent



1 Erwerbstätige Personen mit berufsqualifizierendem Abschluss im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, nicht in Ausbildung.  
 2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, UK, Irland, Frankreich, Österreich.  
 3 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 2011; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Zuwanderer sind in der Regel häufiger als Deutsche sowohl in qualifikatorischer als auch in fachlicher Hinsicht inadäquat beschäftigt.

gewöhnlichen Probit-Modell auch ein Probit-Modell, das für den Fall der Sample-Selektion kontrolliert, verwendet.<sup>35</sup> Die Ergebnisse der multivariaten Schätzungen bestätigen die Beobachtung, dass Migranten – mit der Ausnahme wiederum jener aus den nördlichen und westlichen EU-Mitgliedsländern – häufiger für den von ihnen ausgeübten Beruf überqualifiziert sind als Deutsche ohne Migrationshintergrund (Tabelle 10). Das höchste derartige Risiko haben in diesem Untersuchungsschritt Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien; relativ zur Gruppe der Deutschen ohne Migrationshintergrund weisen sie ein um 21 bis 23 Prozentpunkte höheres Risiko der vertikal inadäquaten Beschäftigung und ein um etwa 14 Prozentpunkte höheres Risiko der vertikal und zugleich horizontal inadäquaten Beschäftigung auf. Neben der Nationalität stehen auch andere Merkmale in einer signifikanten Beziehung mit der Wahrscheinlichkeit, inadäquat beschäftigt zu sein. So ist sie in der Regel für Frauen sowie für ältere Personen höher, während sie signifikant geringer ist für Personen mit einem Hochschul-/Fachhochschulabschluss und für Personen, die an einer Fortbildung teilgenommen haben; zudem sinkt die Wahrscheinlichkeit der Überqualifizierung mit der Dauer der ausgeübten Tätigkeit.

35 Vgl. Baum, C. F. (2006): An Introduction to Modern Econometrics Using Stata. StataCorp LP, Kapitel 10, 247-275.

32 Zur verwendeten Korrespondenztabelle für die ISCED-Hauptfachrichtungen und ISCO-88-Berufskategorien vgl. Wolbers, M. H. J. (2003): Job Mismatches and their Labour-Market Effects among School-Leavers in Europe. European Sociological Review 19(3), 249-266. Nicht berücksichtigt werden konnten dabei Personen mit unbekanntem oder nicht näher spezifiziertem Hauptfachrichtungen oder Berufen sowie Angehörige der regulären Streitkräfte, sodass sich die Fallzahlen etwas verringern.

33 Aufgrund des Mangels an Daten konnten weitere zentrale Variablen wie eine erfolgte Anerkennung eines ausländischen Abschlusses oder Deutschkenntnisse nicht berücksichtigt werden.

34 Ein mögliches Selektionsproblem entsteht dadurch, dass das Vorliegen von Überqualifizierung nur für erwerbstätige Personen beobachtet wird. Mithilfe des Heckprobit-Modells kann der Effekt dieser Selektion berücksichtigt werden. Nicht angezeigte Ergebnisse deuten auf das Vorliegen eines Selektionsproblems hin.



Tabelle 10

**Wahrscheinlichkeit für inadäquate Beschäftigung**  
 Durchschnittliche marginale Effekte<sup>1</sup> aus Probit-Schätzungen

	vertikal inadäquat beschäftigt		vertikal inadäquat beschäftigt (ohne Berücksichtigung der Fachrichtung)		vertikal und horizontal inadäquat beschäftigt	
	Probit	Probit mit Selektion <sup>2</sup>	Probit	Probit mit Selektion <sup>2</sup>	Probit	Probit mit Selektion <sup>2</sup>
<b>Migrationsstatus</b> (Referenzgruppe: Deutscher ohne Migrationshintergrund)						
Deutscher mit Migrationshintergrund	0,081***	0,081***	0,065***	0,065***	0,048***	0,046***
Ausländer aus südeuropäischem EU-Land <sup>3</sup>	0,086***	0,086***	0,079***	0,079***	0,053***	0,052***
Ausländer aus osteuropäischem EU-Land	0,138***	0,135***	0,157***	0,154***	0,088***	0,087***
Ausländer aus Rumänien oder Bulgarien	0,213***	0,212***	0,232***	0,231***	0,141***	0,138***
Ausländer aus nord- oder westeuropäischem EU-Land <sup>4</sup>	-0,000	-0,000	-0,009***	-0,009***	-0,011***	-0,011***
Ausländer aus europäischem Land außerhalb der EU	0,169***	0,166***	0,170***	0,167***	0,104***	0,099***
Ausländer aus nicht-europäischem Land	0,155***	0,152***	0,149***	0,146***	0,129***	0,123***
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	0,051***	0,052***	0,037***	0,038***	0,037***	0,037***
<b>Geschlecht</b> (Referenzgruppe: männlich)						
weiblich	0,034***	0,033***	-0,037***	-0,038***	0,041***	0,038***
<b>Alter</b>	0,005***	0,005***	0,005***	0,005***	0,004***	0,004***
<b>Berufsqualifizierender Abschluss</b> (Referenzgruppe: Lehre/Ausbildung)						
Hochschul-/Fachhochschulabschluss	-0,231***	-0,227***	-0,264***	-0,260***	-0,129***	-0,124***
<b>Dauer der ausgeübten Tätigkeit</b>	-0,006***	-0,006***	-0,006***	-0,006***	-0,005***	-0,005***
<b>Fortbildung</b>	-0,115***	-0,113***	-0,141***	-0,139***	-0,090***	-0,087***
<b>Hauptfachrichtung</b> (Referenzgruppe: Gesundheit und Sozialwesen)						
Bildung	0,043***	0,043***				
Geisteswissenschaften und Kunst	0,183***	0,180***				
Sozialwissenschaften, Wirtschaft und Recht	0,165***	0,162***				
Naturwissenschaften, Mathematik und EDV	0,099***	0,097***				
Ingenieurwissenschaft, Fertigungswirtschaft und Baugewerbe	0,233***	0,230***				
Landwirtschaft und Tiermedizin	0,600***	0,597***				
Allgemeine Programme	0,188***	0,185***				
Dienstleistungen	0,252***	0,248***				
Fixe Effekte für Bundesländer	ja	ja	nein	nein	nein	nein
Zahl der Beobachtungen	253 619	255 585	257 430	259 424	251 477	259 424

1 \*\*\* bedeuten statistische Signifikanz auf dem 1-Prozentsniveau.

2 In der Selektionsgleichung der Probit-Modelle mit Selektion wurden fixe Effekte für den Migrationsstatus, das Geschlecht, den Familienstand sowie die Existenz von ledigen Kindern im Haushalt berücksichtigt.

3 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

4 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2011; Berechnungen des DIW Berlin.

Das Risiko, inadäquat beschäftigt zu sein, unterscheidet sich je nach sozio-ökonomischem Merkmal. Die meisten Zuwanderer haben ein höheres Risiko der inadäquaten Beschäftigung als Deutsche.

Signifikante Unterschiede gibt es auch zwischen Personen verschiedener Hauptfachrichtungen sowie zwischen Personen in unterschiedlichen Bundesländern. Am geringsten ist das Risiko vertikal inadäquater Beschäftigung für Personen mit Berufsabschlüssen in den Fachrichtungen Gesundheit und Sozialwesen sowie Bildung. In einem weiteren Ansatz wurde zusätzlich berücksichtigt, ob der höchste Bildungsabschluss in Deutschland oder im Ausland erworben wurde. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Personen mit einem

im Ausland erworbenen Bildungsabschluss häufiger von Überqualifizierung betroffen sind als Personen mit einem in Deutschland erworbenen Abschluss.

**Überlegungen zu den Ursachen nicht-ausbildungsadäquater Beschäftigung von Migranten**

Für das Phänomen der ausbildungs-inadäquaten Beschäftigung bzw. Überqualifizierung im Allgemeinen

## Kasten 3

**Der neue allgemeine Rechtsanspruch auf die Anerkennungsprüfung ausländischer Berufsabschlüsse**

Formale Bildungsnachweise haben auf dem deutschen Arbeitsmarkt generell einen großen Stellenwert. Deshalb kann die Anerkennung eines im Ausland erworbenen Abschlusses – als gleichwertig zu einem deutschen – bei Einstellungen entscheidend sein. In den Informationssystemen der Bundesagentur für Arbeit waren noch nicht anerkannte ausländische Abschlüsse bisher nicht vermerkt – mit der Folge, dass arbeitssuchende Personen mit nicht anerkannten ausländischen Abschlüssen als solche galten, die keine Ausbildung hatten.<sup>1</sup>

Durch das am 1. April 2012 in Kraft getretene *Anerkennungsgesetz*<sup>2</sup> wurde erstmals ein allgemeiner Rechtsanspruch auf Überprüfung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen eingeführt. Zuvor konnten nur wenige Zuwanderergruppen (insbesondere EU-Bürger und Spätaussiedler) ihre ausländischen Qualifikationen auf Gleichwertigkeit überprüfen lassen.<sup>3</sup> Der neue Rechtsanspruch ist unabhängig von der Herkunft des Antragstellers und des ausländischen Abschlusses; ausschlaggebend sind einzig die Inhalte und die Qualität des Berufsabschlusses. Anders als zuvor wird auch die Berufserfahrung des Antragstellers berücksichtigt. Die Bundesregierung geht davon aus, dass etwa 300 000 Menschen in Deutschland mit einem ausländischen Abschluss vom neu geschaffenen Anerkennungsanspruch profitieren können, da sie nicht qualifikationsadäquat beschäftigt oder arbeitslos sind und bisher keinen Anspruch auf eine

Gleichwertigkeitsprüfung hatten.<sup>4</sup> Den ersten offiziellen Zahlen zufolge wurden im Zeitraum zwischen April 2012 und Dezember 2012 bundesweit 10 989 Anträge auf eine Anerkennungsprüfung von im Ausland erworbenen beruflichen Abschlüssen gestellt. Von den 7 980 Anträgen, über die bis zum Ende des vergangenen Jahres entschieden wurde, sind die Abschlüsse in 93 Prozent der Fälle als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einem in Deutschland erworbenen Abschluss anerkannt worden, knapp sieben Prozent der Anträge wurden abgelehnt. Die meisten Anträge wurden für Abschlüsse im medizinischen Bereich gestellt. Die Hälfte der Anträge betrafen Abschlüsse aus dem EU-Ausland, weitere 27 Prozent Abschlüsse aus anderen europäischen Ländern und 20 Prozent Abschlüsse aus den übrigen Drittstaaten. Die genannten Zahlenangaben gelten aufgrund von Erfassungsschwierigkeiten als eine Untergrenze.<sup>5</sup> Weiteren (vorläufigen) Zahlen zufolge wurden im ersten Jahr seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes (bis April 2013) insgesamt etwa 30 000 Anträge gestellt, davon rund 20 000 Anträge in den (reglementierten) Gesundheitsberufen (zum Beispiel Ärzte oder Hebammen), in welchen eine Berufsausübung nur dann möglich ist, wenn der entsprechende ausländische Berufsabschluss anerkannt wurde. Etwa 4 000 Anträge wurden im Bereich der (nicht reglementierten) Ausbildungsberufe gestellt.<sup>6</sup> Da das Anerkennungsgesetz nur die bundesgesetzlich geregelten (reglementierten) Berufe sowie die (nicht reglementierten) Ausbildungsberufe betrifft, ist es nun an den Ländern, eigene Anerkennungsgesetze für die landesrechtlich geregelten (reglementierten) Berufe (zum Beispiel für Lehrer oder für bestimmte Ingenieure) zu erlassen. Dies ist bisher in acht Bundesländern geschehen. Personen mit ausländischen Hochschulabschlüssen im Bereich der nicht reglementierten Berufe (zum Beispiel Volkswirte oder Physiker) können ihre Hochschulqualifikation bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bewerten lassen.<sup>7</sup>

**1** Vgl. Brussig, M., Dittmar, V., Knuth, M. (2009): Verschenkte Potenziale. Fehlende Anerkennung von Qualifikationsabschlüssen erschwert die Erwerbsintegration von ALG-II-Bezieher/innen mit Migrationshintergrund. IAQ-Report 2009-08, Aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Institut Arbeit und Qualifikation, 6. Erst im Jahr 2012 wurde eine Kennzeichnung von im Ausland erworbenen Abschlüssen eingeführt, vgl. [www.arbeitsagentur.de/nn\\_27836/zentraler-Content/HEGA-Internet/A05-Beruf-Qualifizierung/Dokument/HEGA-03-2012-Anerkennungsgesetz.html](http://www.arbeitsagentur.de/nn_27836/zentraler-Content/HEGA-Internet/A05-Beruf-Qualifizierung/Dokument/HEGA-03-2012-Anerkennungsgesetz.html), Zugriff am 16. August 2013.

**2** Der vollständige Name des Gesetzes lautet „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“.

**3** Der neue Rechtsanspruch sieht – nach Antragstellung – eine Überprüfung der ausländischen Berufsqualifikation auf Gleichwertigkeit mit einem deutschen Referenzberuf vor. Dies soll in Unabhängigkeit vom Herkunftsland aber unter Berücksichtigung der individuellen Berufserfahrung in einem zeitlichen Rahmen von drei Monaten geschehen. Nähere Informationen finden sich auf der Seite des Bundesministeriums für Bildung und Forschung: [www.bmbf.de/de/15644.php](http://www.bmbf.de/de/15644.php), Zugriff am 11. Juli 2013. Das zentrale Informationsportal zum neuen Anerkennungsverfahren ist zu finden unter [www.erkennung-in-deutschland.de/html/de/](http://www.erkennung-in-deutschland.de/html/de/).

**4** Bundesministerium für Bildung und Forschung (2012): Das neue Anerkennungsgesetz des Bundes. Informationen zur Bewertung ausländischer Berufsabschlüsse.

**5** Vgl. Statistisches Bundesamt (2013): Pressemitteilung vom 15. Oktober 2013 – 347/13.

**6** Diese Schätzungen beruhen auf vorläufigen Daten. Vgl. [www.bmbf.de/de/15644.php](http://www.bmbf.de/de/15644.php), Zugriff am 11. Juli 2013.

**7** Vgl. SVR (2013): Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, 156.

gibt es zahlreiche theoretische Erklärungsansätze. Diese umfassen beispielsweise die Kompensation für andere Humankapitalkomponenten (zum Beispiel Berufserfahrung), Karriereüberlegungen und die Existenz von Friktionen.<sup>36</sup>

Für die spezielle Beobachtung, dass Zuwanderer häufiger von Überqualifizierung betroffen sind als im Inland geborene Personen, gibt es in der Literatur insbesondere zwei wichtige Erklärungsansätze.<sup>37</sup> Erstens würden im Ausland erworbenes Humankapital und ausländische Bildungsabschlüsse im Zielland nicht immer anerkannt. Zweitens würden Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt oft diskriminiert werden.<sup>38</sup>

Dass die fehlende Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen den Zugang zu einer ausbildungsadäquaten Beschäftigung in Deutschland erschwert oder gar verhindert, ist durchaus möglich. Das legen die bis 2012 geltenden Anerkennungsregelungen für ausländische Abschlüsse nahe. Ob ein Zuwanderer einen Anspruch auf die Überprüfung seines Abschlusses hatte, hing von seinem Herkunftsland und seinem Migrationsstatus ab, wobei Drittstaatsangehörige schlechter gestellt waren als EU-Bürger oder Spätaussiedler (Kasten 3).<sup>39</sup> Auch Unterschiede beim Humankapital könnten eine Rolle spielen. So gibt es Hinweise darauf, dass unzureichende Sprachkenntnisse es Migranten schwer machen könnten, für eine anspruchsvolle Tätigkeit angestellt zu werden.<sup>40</sup> Schwierig zu messen sind indes Diskriminierungen oder der Einfluss von *negativer Selektion*. Zudem können neben individuellen Charakteristika auch die jeweilige Wirtschaftslage und die Arbeitsmarktinstitutionen in den Zielländern wichtige Determinanten formaler Überqualifizierung von Migranten sein.<sup>41</sup>

<sup>36</sup> Vgl. Leuven, E., Oosterbeek, H. (2011): Overeducation and Mismatch in the Labor Market. In: Hanushek, E., Machin, S., Woessmann, L. (Hrsg.): Handbook of the Economics of Education Vol 4. 283-326.

<sup>37</sup> Vgl. Piracha, M., Vadean, F. (2012): Migrant educational mismatch and the labour market. IZA Discussion Paper No. 6414, 6-7.

<sup>38</sup> Neben den genannten Erklärungsansätzen kann auch eine *negative Selektion* zum Tragen kommen, da möglicherweise solche formal qualifizierten Personen ins Ausland abwandern, die auch in ihrem Herkunftsland Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben, vgl. Aleksynska, M., Tritah, A. (2011): Occupation-Education Mismatch of Immigrant Workers in Europe: Context and Policies. CEPII WP No. 2011-16.

<sup>39</sup> Vgl. Beinke, K., Bohlinger, S. (2011): Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen - Ungenutzte Potenziale zur Fachkräftesicherung. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 40/3, 20-24.

<sup>40</sup> Vgl. Haas, A., Lucht, N., Schanne, N.: Why to employ both migrants and natives? A study on task-specific substitutability. Journal for Labour Market Research, Nr. 3/2013.

<sup>41</sup> Vgl. Aleksynska, M., Tritah, A. (2011), a. a. O.

## Fazit

Die Zahl der Zuwanderungen nach Deutschland ist in jüngerer Zeit stark gestiegen. Wegen statistischer Probleme lässt sich ihr Ausmaß zwar nicht genau bestimmen, die Wanderungsgewinne dürften sich zuletzt aber auf reichlich 400 000 pro Jahr belaufen. Damit sind bisherige Erwartungen weit übertroffen worden. So erweist sich die erst im Jahre 2009 erstellte amtliche Bevölkerungsvorausschau mit einem Projektionszeitraum bis zum Jahr 2060, bei der Wanderungsgewinne von höchstens 200 000 angesetzt waren, inzwischen als eine Fehleinschätzung.<sup>42</sup>

Zustande kam der Wanderungsschub vor allem infolge des Beitritts weiterer Staaten zur EU in den Jahren 2004 und 2007, wodurch sich für Arbeitskräfte aus diesen Ländern Möglichkeiten für eine Arbeitsaufnahme in Deutschland eröffneten. Eine wichtige Rolle spielte zudem die schlechte wirtschaftliche Lage insbesondere in Südeuropa. Die Einschränkung bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit erwies sich als eine Zuwanderungsbarriere, die von nicht wenigen Personen durch die Aufnahme einer selbständigen Beschäftigung umgangen wurde. Als im Jahr 2011 Arbeitskräften aus den osteuropäischen EU-Staaten die volle Freizügigkeit gewährt wurde, verstärkte sich die Zuwanderung zwar erheblich, eine riesige Wanderungswelle setzte aber nicht ein – wohl deshalb nicht, weil nicht wenige der wanderungsbereiten Personen die bereits offenen Kanäle für eine Beschäftigungsaufnahme in Deutschland genutzt hatten oder bereits in EU-Staaten mit früh gewährter Arbeitnehmerfreizügigkeit (etwa Großbritannien) abgewandert waren. Anfang nächsten Jahres wird Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien die volle Freizügigkeit gewährt. Die Konsequenzen für das Wanderungsgeschehen sind schwer abzuschätzen. Feststellen lässt sich, dass Arbeitskräfte von dort weniger als die Osteuropäer auf eine selbständige Beschäftigung in Deutschland gesetzt haben und dass viele Migranten aus Bulgarien und Rumänien nach Südeuropa gewandert und dort nun mit einer schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind. Daher könnten die Zuwanderungen in die Bundesrepublik relativ kräftig ausfallen. Keinerlei Hinweise gibt es darüber, wie sich der erst kürzlich erfolgte Beitritt Kroatiens auf das Wanderungsgeschehen auswirken wird.

Das aktuelle Arbeitsmarktgeschehen in Deutschland wird offenbar in verstärktem Maße von Zuwanderern beeinflusst. So tragen sie einen wachsenden Anteil zum Beschäftigungsaufbau bei, allerdings auch zur

<sup>42</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis zum Jahr 2060. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 18. November 2009, Wiesbaden 2009.

seit einiger Zeit leicht anziehenden Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote nahezu aller Migrantengruppen liegt deutlich über dem Durchschnitt; das gilt auch für diejenigen, die erst in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind; vergleichsweise gering ist sie lediglich bei den EU-Osteuropäern. Dabei spielt auch eine Rolle, dass ein erheblicher Teil der Zuwanderer keine Berufsausbildung hat. Allerdings sind gerade in den letzten Jahren auch zahlreiche Hochqualifizierte zugewandert. Insgesamt ist durch die Zuwanderungen der jüngeren Zeit das Qualifikationsniveau der Migranten in Deutschland gestiegen. Zudem zeigt sich, dass auch vermehrt Personen zuwandern, um in Deutschland eine Ausbildung zu absolvieren.

Nicht wenige Migranten üben lediglich einen einfachen Job aus, obwohl sie für anspruchsvollere Tätigkeiten qualifiziert wären. Dieses Phänomen findet sich zwar auch unter den Deutschen, aber bei weitem nicht so häufig. Das mag verschiedene Gründe haben. Eine Rolle könnte spielen, dass im Ausland erworbene Berufsabschlüsse bisher nur bei besonderen Personengruppen mit ähnlichen, in Deutschland erlangten Abschlüssen gleichgestellt wurden. Der neu geschaffene

Rechtsanspruch auf eine Anerkennungsprüfung ausländischer Berufsabschlüsse kann daher ein wichtiger Meilenstein für die Integration von Zuwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt sein. Jedoch fällt die bisherige Bilanz zur Inanspruchnahme des Rechtsanspruchs verhalten aus: Bezieht man die im ersten Jahr seit Inkrafttreten der neuen Regelung gestellten Anträge auf die Zahl der in Deutschland lebenden potentiellen Antragsteller, ergibt sich nur eine Quote von zehn Prozent. Deshalb sollten diejenigen Bundesländer, die noch keine Anerkennungs-gesetze für die landesrechtlich geregelten Berufe erlassen haben, dies alsbald nachholen. Zudem ist es wichtig, dass ein ausreichendes Angebot an Anpassungs- und Nachqualifizierungslehrgängen für diejenigen sichergestellt wird, für die eine Anerkennung ihrer Qualifikation an Auflagen geknüpft oder zunächst nicht möglich ist. Eine verbesserte Arbeitsmarktintegration der Migranten in Deutschland ist dabei nicht nur im Interesse der Migranten selbst. Letztlich wird der Erfolg des neuen Anerkennungsgesetzes sowie etwaiger weiterer Handlungsbedarf bei Qualifikationsnachweisen anhand der tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten sowie am Ausmaß der qualifikationsadäquaten Beschäftigung von Migranten zu messen sein.

Karl Brenke ist Referent beim Vorstand des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Nina Neubecker ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | nneubecker@diw.de

---

### DISTINCT CHANGE IN THE STRUCTURE OF IMMIGRATION

**Abstract:** Recently, the number of immigrants to Germany, especially from the eastern and southeastern European countries that joined the EU in 2004 or 2007, has risen sharply. In addition, migration from southern Europe has regained importance. Many migrants have come to take up some training, the vast majority, however, for employment. These migration flows are having distinct effects on the recent development of the labor market. For example, additional jobs in Germany are increasingly being filled by foreign workers, but there are also more foreigners among the ranks of the unemployed. The unemployment rate is roughly twice as high among immigrants as among Germans. Although the qualification structure of the migrants living in Germany has improved markedly because of immigration in recent years, a considerable share – one-third – of the workers who migrated recently has

no formal vocational qualification. But those who do also have difficulty integrating into the labor market: migrants – including those who moved to Germany in recent years – relatively often have only simple jobs, even though they are qualified for better ones. It remains to be seen whether the most recent procedural changes for recognition of foreign qualifications will remedy the situation.

It is difficult to predict how immigration will develop in the coming years. In all likelihood, immigration from Romania and Bulgaria will increase when these countries' citizens are granted full freedom of movement. Many of them took advantage of the southern European labor markets open to them when their countries joined the EU – and are now confronted with the dire employment conditions there. For this reason, migration flows may take a different direction in the future.

JEL: F22, J21, J61, J62

**Keywords:** migration to Germany, qualification, occupation-education mismatch



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
80. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Dr. Kati Schindler  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Dr. Katharina Wrohlich  
Jens Kolbe  
Dr. Kerstin Bernoth

#### Textdokumentation

Manfred Schmidt

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74, 77649 Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01806 - 14 00 50 25,  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.